

Ressort: Technik

Bundesregierung sieht keine Chance für Recht auf schnelles Internet

Berlin, 18.07.2015, 10:12 Uhr

GDN - Die Bundesregierung hält eine gesetzliche Verpflichtung zum Ausbau des schnellen Internets für nicht umsetzbar. Einem solchen - von der CDU betriebenen - Vorhaben stünden "europarechtliche Vorgaben für den Universaldienst und die Technologie - neutralität" entgegen, schreibt die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dorothee Bär (CSU), laut "Spiegel" in ihrer Antwort auf eine Anfrage des Grünen-Bundestagsabgeordneten Harald Ebner.

Die CDU-Kommission "Arbeit der Zukunft", die von Bärs Fraktionskollegen Thomas Strobl geleitet wird, verspricht hingegen, "einen Rechtsanspruch auf einen schnellen Internetzugang" einzuführen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-57762/bundesregierung-sieht-keine-chance-fuer-recht-auf-schnelles-internet.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619